

Bayern-Offensive: 800 Millionen Euro-Sonderprogramm für Wachstum und Beschäftigung

Bayerischer Rettungsschirm für Arbeitsplätze - Die Konjunkturkrise macht eigene Maßnahmen in der Landespolitik erforderlich

von **Franz Maget**, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion

Adelheid Rupp, finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion

Dr. Paul Wengert, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

Die Konjunkturkrise macht eigene Maßnahmen in der Landespolitik erforderlich. Die SPD-Landtagsfraktion hat deshalb ein bayerisches Konjunkturprogramm in Höhe von 800 Millionen Euro gefordert.

Die 15 Anträge sehen vor, 200 Millionen Euro in Hochschulbau und -sanierung zu investieren und weitere Gelder in Staatsstraßen, Wohnungsbau und andere Maßnahmen zu geben. Angesichts der Steuermehreinnahmen von rund einer halben Milliarde im Jahr 2008 geht die Landtags-SPD davon aus, dass der Rettungsschirm ohne neue Schulden finanziert werden kann. Im Ernstfall sollte man vom Dogma des „ausgeglichenen Haushaltes“ abrücken. Wenn wir jetzt nichts tun, werden die Zeiten noch schlechter als ohnehin schon und dann wird der ausgeglichene Haushalt plötzlich zu einem Dogma, das mehr schadet, als es nutzt.

Der Leitantrag:

Bayerischer Rettungsschirm für Arbeitsplätze (I)

Bayern-Offensive: 800 Millionen Euro Sonderprogramm für Wachstum und Beschäftigung

Der Landtag wolle beschließen:

1. Brücke zum nächsten Aufschwung bauen – den Menschen helfen, nicht nur den Banken!

Es gilt in der aktuellen Finanz- und Konjunkturkrise: den Menschen helfen, nicht nur den Banken! Die massive Krise auf den Finanzmärkten erfordert weltweit milliardenschwere staatliche Hilfsprogramme. Inzwischen sind die Auswirkungen auch in der Realwirtschaft - beim Wirtschaftswachstum, in Unternehmen und auf dem Arbeitsmarkt – deutlich zu spüren. Die Bayerische Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, ergänzend zum Konjunkturprogramm der Bundesregierung auch in Bayern umfassende und kraftvolle Initiativen zu ergreifen, um der Rezession entgegenzuwirken, den Abschwung abzukürzen und damit eine Brücke bis zum nächsten ökonomischen Aufschwung zu bauen. Dafür soll es im Jahr 2009 ein Sonderprogramm für Wachstum und Beschäftigung geben.

2. Sonderprogramm für Wachstum und Beschäftigung im kommenden Staatshaushalt

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert,

- ◆ das Sonderprogramm für Wachstum und Beschäftigung bereits in ihren Entwurf des Doppelhaushalts 2009/2010 aufzunehmen, damit im Jahr 2009 die gesamtwirtschaftlichen Nachfrage erhöht, die konjunkturelle Entwicklung in Bayern gestärkt und Arbeitsplätze im Freistaat gesichert und geschaffen werden,
- ◆ die Weichen zu stellen, dass der neue Doppelhaushalt so früh wie möglich verabschiedet werden kann, schnell klare Rahmenbedingungen für alle Akteure vorliegen und das Sonderprogramm rasch greifen kann,
- ◆ umgehend zu prüfen, welche Haushaltssperren aufgrund der Steuermehreinnahmen in Höhe von einer halben Milliarde Euro noch in diesem Jahr vor allem bei den Investitionen aufgehoben werden können, um schon jetzt zusätzliche Impulse zu setzen.

3. Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage

Konkret soll mit dem Sonderprogramm für Wachstum und Beschäftigung die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in Bayern durch folgende Maßnahmen erhöht werden:

- ◆ das Vorziehen mittelfristig geplanter staatlicher Investitionen,
- ◆ echte zusätzliche staatliche Investitionen,
- ◆ Erleichterung kommunaler Investitionen durch Erhöhung der investiven Mittel der Kommunen,
- ◆ gezielte Hilfen für die von der Rezession besonders betroffenen Branchen.

4. Schaffung zusätzlicher Impulse:

800 Millionen Euro Sonderprogramm im Jahr 2009

Besonders wirksam zur Schaffung spürbarer und wirksamer ökonomischer Impulse sind folgende Bereiche, in denen zusätzliche Mittel bereitgestellt werden:

- ◆ Hochschulbau und Hochschulsanierung: zusätzlich 200 Millionen Euro im Jahr 2009
- ◆ Bau und Sanierung von Schulen: zusätzlich 50 Millionen Euro im Jahr 2009
- ◆ Unterhalt und Bau von Staatsstraßen: zusätzlich 50 Millionen Euro im Jahr 2009
- ◆ Wohnungsbau: zusätzlich 50 Millionen Euro im Jahr 2009
- ◆ Hochwasserschutz: zusätzlich 30 Millionen Euro im Jahr 2009
- ◆ Energetische Sanierung von staatlichen Gebäuden: zusätzlich 30 Millionen Euro im Jahr 2009
- ◆ Landesplan für Altenhilfe: zusätzlich 50 Millionen Euro im Jahr 2009
- ◆ Landesbehindertenplan: zusätzlich 30 Millionen Euro im Jahr 2009
- ◆ Mittel aus der Kfz-Steuer für die kommunale Infrastruktur: zusätzlich 100 Millionen Euro im Jahr 2009
- ◆ Sanierung kommunaler Bäder: zusätzlich 50 Millionen Euro im Jahr 2009

- ◆ Krankenhausfinanzierung: zusätzlich 100 Millionen Euro im Jahr 2009
- ◆ Dorferneuerung und Städtebauförderung: zusätzlich 40 Millionen Euro im Jahr 2009
- ◆ Mittelstandskreditprogramm: zusätzlich 20 Millionen Euro im Jahr 2009
- ◆ Hilfen für den Mittelstand bei Liquiditätsschwierigkeiten: zunächst keine Kosten

5. Finanzierung

Ende 2007 betrug die Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage 1,0 Milliarden Euro. Planmäßig werden in diesem Jahr 4000 Millionen Euro zugeführt. Nach Informationen des Staatsministers der Finanzen kann im Jahr 2008 mit einem Steuerplus von rund einer halben Milliarde Euro gerechnet werden, das im Vollzug zur Freigabe von Haushaltssperren verwendet oder ebenfalls der Rücklage zugeführt werden kann. Damit ist die Finanzierung des bayerischen Rettungsschirms für Arbeitsplätze gesichert.

Begründung:

Deutschland befindet sich in einer Rezession, das Bruttoinlandsprodukt schrumpft. Dadurch wird die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die zu einer deutlichen Abnahme der Zahl der registrierten Arbeitslosen und zu einem Anstieg der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten geführt hat, beendet. Es droht akut ein erneuter Anstieg der Arbeitslosigkeit durch den konjunkturellen Einbruch, der durch saisonale Effekte noch verstärkt wird.

Die Politik ist jetzt gefordert, kraftvoll und entschieden mit allen wirtschaftspolitischen Instrumenten gegenzusteuern.

Das wichtigste politische Ziel ist es, möglichst rasch – also schon im Jahr 2009 - auf einen ökonomischen Wachstumspfad zurückzukehren. Es ist daher notwendig, dass Bund, Länder und Kommunen im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles tun, um die Rezession so schnell wie möglich zu überwinden. Der Bund hat durch sein Konjunkturprogramm vorgelegt. Bayern sollte die Bundesinitiative sinnvoll ergänzen, eigene Schwerpunkte bilden und auch die Kommunen in die Lage versetzen, rasch und wirksam zusätzlich zu investieren.

Über dieses Programm hinaus, in dessen Mittelpunkt die Ausweitung der Investitionen steht, sollte auch der private Konsum zur Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage gestärkt werden. Das kann in Bayern landesgesetzlich in folgenden Bereichen geregelt werden:

- ◆ kostenfreie Kinderbetreuung, um auch die finanzielle Situation junger Familien zu verbessern,
- ◆ Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, um die Einkommen von Arbeitnehmern im Niedriglohnsektor anzuheben, und
- ◆ Abschaffung der Studiengebühren, um Bildungsbarrieren abzubauen und die Studierenden finanziell zu entlasten.